

## 14. Teilhabe für alle – Inklusion konkret machen

Die Bamberger Linke Liste strebt ein solidarisches Miteinander und gleiche Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen in der Stadt an. Gerade in einer so alten Stadt mit einem immer deutlicher zunehmenden Verkehr ist eine gegenseitige Rücksichtnahme gefragt. Einrichtungen und Gebäude, Verkehrsführungen und Verkehrsmittel sollen in der ganzen Stadt auf ihre Inklusion geprüft werden. Inklusion soll zu einem der neuen zentralen Themen in der Stadt werden, nachdem sie in den letzten Jahren von der städtischen Großen Koalition eher belächelt worden ist. Denn Inklusion bedeutet nicht nur Barrierefreiheit, sondern auch die bedarfsgerechte Versorgung und gesellschaftliche Teilhabe.

Die Bamberger Linke Liste fordert daher:

- Einrichtungen und Gebäude, Verkehrsführungen und Verkehrsmittel sollen in der ganzen Stadt auf ihre Inklusion geprüft und zeitnah umgebaut werden
- Inklusion soll zu einem zentralen Thema in der Stadt werden
- Treppen, insbesondere im Hain, sollen Rampen erhalten
- öffentliche Toiletten sollen den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden (siehe Gleichstellungspolitik)
- Zugang zu Bildungsangeboten und Bürger\*innenbeteiligung müssen niederschwellig und allen Gruppen zugänglich sein. Werbemaßnahmen müssen zielorientiert sein
- Der barrierefreie Umbau der Bushaltestellen soll schneller vorangehen (Hanoveraner Kante). Außerdem sollten alle Bushaltestellen eine Überdachung erhalten. Diese könnten im Zuge der Kulturförderung individuell gestalten und von Künstler\*innen erarbeitet werden (Verweis Kultur)
- Busse mit elektrischen Rampen
- Die neu geschaffenen Quartierbüros sollen regelmäßig Begegnungs- bzw. Kontaktveranstaltungen in Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Vereinen einführen. Einbezug von Kulturveranstaltungen
- Wir fordern die Umbenennung des "Behindertenbeauftragten" in „Beauftragten für Menschen mit Beeinträchtigung“, sowie die Änderung der Ansprache und aller schriftlichen Bezeichnungen mit dem Wortinhalt Behinderung

- Darüber hinaus sind gerade junge Menschen mit Beeinträchtigung in die Jugendparlamente einzubeziehen
- Die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ist zu fördern.
- Auch Unternehmen und Geschäfte sollen voll barrierefrei werden. Die Stadtbau GmbH soll hierfür kostengünstige Angebote bereitstellen.